

Originaldokument

© Verlag C.H. Beck

VIII. Die Neugestaltung Amerikas und der Welt (1932–1945)

Das Programm der Demokraten zur Überwindung der *Great Depression* unterschied sich 1932 zunächst nur unwesentlich von dem der Republikaner, doch als Franklin D. Roosevelt die Nominierung mit den Worten annahm, für „eine Neuverteilung der Karten für das amerikanische Volk“ (*a new deal for the American people*) einzutreten, hatte der Wahlkampf seine Parole. Roosevelt gewann – auch er mit einem Erdrutschsieg – nicht zuletzt, weil er glaubwürdig schien und das Gefühl vermittelte, auch ein noch so hartes Schicksal meistern zu können. Mit ihm hatte zugleich das städtische Amerika mit der Vielzahl seiner, vielfach benachteiligten, ethnischen Minderheiten über das ländliche Amerika gesiegt.

Die ersten „hundert Tage“ waren von einer bislang ungekannten und verwirrenden Fülle gesetzlicher Maßnahmen geprägt, die über schieren, oftmals unkoordinierten Aktionismus hinaus wieder Vertrauen in die Politik schaffen sollten. Dazu gehörten eine strikte Bankenaufsicht, Projekte zur Sicherung des Naturerbes, der Errichtung von Nationalparks, des Baus von Staudämmen, Brücken und Behörden, Kredite zum Erhalt der eigenen Wohnung oder Farm, Unterstützungs- und Überbrückungsmaßnahmen auf lokaler Ebene sowie Pläne zur Energiegewinnung und die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in benachteiligten Räumen.

Am bedeutendsten waren das *Agricultural Adjustment Act* und das *National Recovery Act*, mit denen der landwirtschaftlichen Überproduktion begegnet, ein weiterer Preisverfall verhindert und die industriellen Produktionsziele reduziert werden sollten – bei gleichzeitiger Befolgung der Regeln des fairen Wettbewerbs und Überwachung der festgesetzten Löhne und Arbeitsbedingungen. Darüber hinaus wurden erstmals auf nationaler Ebene Gewerkschaften rechtlich anerkannt, so daß Unternehmer Gewerkschaftsmitglieder nicht diskriminieren durften, Arbeiter das Recht hatten, sich in Gewerkschaften

Originaldokument

© Verlag C. H. Beck

zusammenzuschließen und die Gewerkschaften wiederum für ihre Mitglieder Tarifverträge aushandeln konnten.

Gleichwohl ließen die „hundert Tage“ insgesamt keinen zusammenhängenden Plan erkennen, mitunter waren die Maßnahmen eher kontraproduktiv. Doch sie sollten die neue Aufbruchstimmung zum Ausdruck bringen und deutlich machen, daß es aufwärts ging und man das Schicksal und die Zukunft meisterte, wenn man nur anpackte und nach vorne blickte. Lethargie und Zukunftsangst sollten durchbrochen werden und Begeisterung und Dynamik die Nation mitreißen.

Insgesamt war es eine unternehmerfreundliche Politik; lediglich die übelsten Auswüchse des Wirtschaftssystems sollten korrigiert, keineswegs jedoch das System selbst in Frage gestellt oder von Grund auf neugestaltet werden. In der Tat kam es als Ergebnis der „hundert Tage“ im Sommer 1933 zu einer wirtschaftlichen Erholung, die sich jedoch als Strohfeuer erwies. Auch im folgenden Jahr blieben die ökonomischen Eckdaten zumeist ungünstig, und der *New Deal* geriet ins Kreuzfeuer der Kritik. In die zunehmende Unzufriedenheit mischten sich immer mehr Stimmen, die das ganze *National Recovery Act* für verfassungswidrig hielten, eine Auffassung, der sich der *Supreme Court* im Mai 1935 einstimmig anschloß. Kaum ein *New Dealer* trauerte über die Entscheidung, denn zur Wirtschaftsbelebung hatte das Gesetz wenig beigetragen.

Erfolgreicher schien der *New Deal* in Teilen der Landwirtschaft zu sein, denn die Einkommen der Farmer stiegen zwischen 1933 und 1937 um 50%. Doch die Landlosen, die Wanderarbeiter und die Pächter waren zunehmend von den Flächenstilllegungen betroffen. Auch das Wetter schien sich gegen sie zu verbünden: Eine Folge heißer und trockener Sommer führte zu immer verheerenderen Staubstürmen von den Dakotas bis nach Texas. Viele *Okies* (obwohl sie längst nicht alle aus Oklahoma kamen) gaben auf und zogen in die Städte oder nach Westen und wurden zum Symbol für das Elend der amerikanischen Landbevölkerung der dreißiger Jahre.

Dennoch blieben der *New Deal* und Roosevelt bei weiten Teilen der Bevölkerung populär, so daß die Demokraten bei

den Wahlen im November 1934 ihre Mehrheit im Kongreß ausbauen konnten. Die scharfe Kritik von konservativer bis präfaschistischer Seite (*Father* Charles E. Coughlin), aber auch von links und von einer so schillernden Figur wie dem ehemaligen Gouverneur von Louisiana Huey Long und dessen Nachfolgern war allerdings nicht verstummt.

Auf ihre teils abstrusen, teils utopischen sozialreformerischen Vorstellungen antwortete Roosevelt, bereits mit Blick auf die Präsidentschaftswahlen von 1936, mit Aktivismus und einem ganzen Bündel von Maßnahmen, die man seither als den zweiten *New Deal* bezeichnet. Schon im Januar 1935 kündigte er breit angelegte soziale Reformen an. Mit Hilfe verschiedener Maßnahmen, darunter als populärste die *Works Progress Administration*, gingen direkte staatliche Unterstützungen an Millionen von Amerikanern, und es wurden mit Milliarden Dollar öffentliche Bauten überall im Land gefördert und getreu den Lehren von John Maynard Keynes durch eine dramatisch wachsende Staatsverschuldung finanziert.

Ebenso sollte den kleinen Farmern und Pächtern geholfen und – mit dem *National Labor Relations Act* vom Juli 1935 – die Arbeitnehmer- und Gewerkschaftsrechte deutlich verbessert werden. Noch wichtiger und folgenreicher war das *Social Security Act* von 1935, mit dem der deutsche und englische Sozialstaatsgedanke aufgegriffen und eine Renten-, Arbeitsunfall- und Arbeitslosenversicherung sowie weitere Unterstützungsmaßnahmen eingeführt wurden. Schließlich wurden die Bankenaufsicht verschärft und der Steuersatz auf höhere Einkommen sowie die Unternehmenssteuer erhöht.

Mit diesem Bündel von sozialen Reformmaßnahmen ging Roosevelt in die Wahlen von 1936. Es wurde der größte Sieg, den ein amerikanischer Präsident seit 1820 errungen hatte: Auf Roosevelt entfielen 61 % der Stimmen, sein republikanischer Gegenkandidat Alfred Landon brachte es auf gut 36 %. Im Wahlmännerkolleg erhielt Roosevelt die Stimmen aller Staaten außer Maine und Vermont, 523:8.

Allen Gegnern des *New Deal* blieb nun allein noch der *Supreme Court* als letzte Hoffnung, juristisch das zu kippen,

was sie politisch nicht verhindern konnten. Ob diese Hoffnung der Konservativen berechtigt war, erscheint fraglich, auch wenn vier der neun Richter als überzeugte Gegner des *New Deal* galten und das Gericht insgesamt als überaltert angesehen werden konnte. Dennoch hatte es 1936 die *Tennessee Valley Authority* passieren lassen, und für die Frühjahrssession 1937 standen der *National Labor Relations Act* und der *Social Security Act* auf dem Prüfstand, deren Verfassungswidrigkeit das Gericht ebenfalls verneinte.

Roosevelt hatte beide Entscheidungen nicht mehr abgewartet, als er im Februar 1937 aus heiterem Himmel dem Kongreß einen Gesetzentwurf zur Neuordnung des *Supreme Court* vorlegte: Angesichts der hohen Arbeitsbelastung des Gerichts sollte der Präsident das Recht erhalten, für jeden über siebenjährigen Richter ein zusätzliches Mitglied – insgesamt bis zu sechs – in den *Supreme Court* berufen zu können. Sogleich brach ein Sturm der Entrüstung über Roosevelts *Court-packing plan* los, der die Unabhängigkeit und Integrität des Gerichts zerstören, die Verfassung pervertieren und die Macht der Exekutive ins Schrankenlose steigern würde.

Dabei war rein verfassungsrechtlich gegen den Vorschlag gar nichts einzuwenden, denn weder war die Zahl der Mitglieder noch die Suprematie des Gerichts über die beiden anderen Gewalten durch die Verfassung festgelegt. Dennoch war Roosevelts Plan politisch verblendet, weil er nicht zwischen der öffentlichen Wirkung von Verfassungsinstitutionen und ihren jeweiligen Amtsträgern unterschied und überdies nicht erkannte, daß der *Supreme Court* im öffentlichen Bewußtsein mehr war als neun alte Herren, nämlich der Garant der Verfassung und der Rechte und Freiheiten des Bürgers. Selbst eingefleischte *New Dealer* stellten sich gegen den Plan und ließen Roosevelt keine andere Wahl, als ihn so rasch wie möglich fallen zu lassen.

Politisch hatte Roosevelt seine größte Niederlage erlitten, die in der Folge konservative Demokraten ermunterte, mit den Republikanern gegen innenpolitische Maßnahmen des Präsidenten Stellung zu beziehen. Damit ging der *New Deal*

als ökonomisch-soziales Reformprogramm zu Ende. Die kurzfristige Rezession von 1937/38, die die Arbeitslosenzahlen von 7 auf 11 Millionen (20 %) emporschnellen ließ, bewirkte keine neuen Reformgesetze mehr. Zwar hatte der *New Deal* die wirtschaftliche Gesundung nicht erreicht, doch den Glauben an die Zukunft neu verankert, ohne dabei die Amerikaner moralisch umerziehen oder den amerikanischen Individualismus und den Kapitalismus in Frage stellen zu wollen.

Rückblickend erwies sich Roosevelts Amtsantritt am 4. März 1933 als der Beginn einer neuen Epoche. Drei Gründe sprechen für diese Zäsur. 1. Franklin D. Roosevelt war der erste moderne Präsident der Vereinigten Staaten, der das Präsidentenamt mit einem neuen Verständnis und neuer Zielsetzung ausgeübt hat. Die in der Verfassung angelegte und zuvor von einigen Präsidenten ausgefüllte dominierende Rolle des Chefs der Exekutive wurde von ihm systematisiert und institutionell auf eine neue Grundlage gestellt, darunter das gewaltig ausgebauten *Executive Office of the President*. 2. Roosevelt gelang es, die politischen Strukturen des Landes anhaltend zu verändern, indem er die Demokratische Partei auf eine neue Wählerbasis aus Arbeitern, Intellektuellen und ethnischen Minderheiten, die sogenannte *New-Deal-Koalition*, stellte und sie damit von der sektionalen Partei zur neuen Mehrheitspartei auf nationaler Ebene machte. 3. Seine Politik bewirkte eine Neudefinition des Verhältnisses von Wirtschaft und Gesellschaft zueinander und die Begründung des amerikanischen Sozialstaates, der zwar nicht unbesehen mit der europäischen Variante gleichzusetzen ist, aber dennoch die Aufgaben des Staates gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft grundlegend neu definierte.

Daraus ergab sich ein wesentlicher Unterschied zu Deutschland und anderen Ländern Europas: In der Stunde der Krise verkündete die Rooseveltsche Politik statt des Rückfalls in die Verängstigung und Verunsicherung, des Klammerns an vermeintlich sichere Werte und der Paralyse aus Furcht den mutigen Schritt nach vorn, um „die Rückkehr zu den Übeln der alten Ordnung“ zu verhindern. Roosevelt sprach damit

Originaldokument

© Verlag C. H. Beck

einen Grundtenor amerikanischer Politik aus, der dann bei Kennedy und in ganz anderer Weise erneut bei Reagan anzutreffen war und der die amerikanische Politik immer wieder rein europäischen Erklärungsversuchen entzieht. Denn hier wird Politik weder nach einem ausgefeilten Plan noch nach einem in sich stimmigen parteipolitischen Konzept gemacht, sondern mit dem Vorsatz, möglichst viele, selbst gegensätzliche Wege auszuprobieren, um dann den erfolversprechenden dem Kongreß und damit dem Volk zu präsentieren.

Roosevelt umgab sich zu diesem Zweck – wie schon in seinen vier Jahren als Gouverneur von New York – mit einem Brain-Trust aus angesehenen Wissenschaftlern. Auch seine Frau Eleanor Roosevelt sollte zeitlebens eine wichtige Rolle als Beraterin spielen – und damit die *First Lady* erstmals mit einer öffentlichen Funktion ausstatten –, die nicht nur Anliegen der Frauen einbrachte, sondern überhaupt zur sozialen Komponente Rooseveltscher Politik wesentlich beitrug.

Vergleichbar dem Neuanfang im Innern sollte auch die Lateinamerikapolitik mit Roosevelts Amtsantritt auf die neue Grundlage einer „Politik der guten Nachbarschaft“ gestellt werden. In diesem Sinne zog Roosevelt u. a. die letzten amerikanischen Truppen aus der Dominikanischen Republik und aus Haiti zurück und veranlaßte die New Yorker National City Bank, ihre Kontrolle der Zentralbank von Haiti an die haitianische Regierung abzugeben. Die Konsequenz jedoch war, daß die Vereinigten Staaten damit direkt oder indirekt zur Stützung der Diktaturen von Trujillo (Dominikanische Republik), Somoza (Nicaragua) oder Batista (Kuba) beitrugen.

Ganz anders war die amerikanische Reaktion auf den immer bedrohlicher werdenden europäischen Faschismus und den japanischen nationalistischen Militarismus, auf die der amerikanische Kongreß in einer wachsenden Antikriegsstimmung mit einer Reihe von Neutralitätsgesetzen antwortete. Der breiten Masse der amerikanischen Bevölkerung erschienen die Faschisten eher komisch als gefährlich; es gab zunächst erstaunlich viel Toleranz, ja selbst ein gewisses Wohl-

Originaldokument

© Verlag C. H. Beck

wollen gegenüber Mussolini und Hitler, die, wie es schien, für Ordnung sorgten, effizient und antikommunistisch waren.

Roosevelt trug dieser Stimmung zwar innenpolitisch Rechnung, verkündete aber in seiner berühmten „Quarantänerede“ von 1937, daß man Aggressoren mit einer Art Quarantäne belegen müsse, um der Epidemie staatlicher Gesetzlosigkeit in der Welt Einhalt zu gebieten. In diesem Sinne billigten Roosevelt und die amerikanische Öffentlichkeit das Münchener Abkommen von 1938, schien es doch den Frieden zu bewahren. Für große Gesten und machtvolles Auftreten in Ostasien wie in Europa war die Lage, verglichen mit den zwanziger Jahren, nicht besser geworden. Eine Konzentration auf die Probleme im Innern schien daher durchaus realistisch.

Der Umschlag der Stimmung kam nach dem Naziüberfall auf die Tschechoslowakei im März und der drei Wochen danach erfolgten Okkupation Albaniens durch das faschistische Italien im April 1939. Doch auf politischer Ebene waren schon zuvor die Weichen gestellt worden. Wenige Wochen nach München hatte Roosevelt den Kongreß um zusätzliche 300 Millionen Dollar für Verteidigungsmaßnahmen und im Januar 1939 um weitere 1,3 Milliarden Dollar ersucht. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits 80 000 jüdische Flüchtlinge aus Nazi-Deutschland Aufnahme in den USA gefunden. Doch trotz „Reichskristallnacht“ und zunehmender Verfolgungen lehnten Öffentlichkeit und die meisten Politiker die Erhöhung der Einwandererquoten für deutsche Juden ab. Die Situation änderte sich mit dem Naziüberfall auf Polen am 1. September 1939. Bei aller Neutralität konnten für Roosevelt Geist und Gewissen des Landes nicht neutral bleiben, und schon bald schuf das *Cash-and-carry*-Gesetz die Möglichkeit, Waffen an kriegführende Mächte zu verkaufen, wenn das Material bar bezahlt und auf Schiffen der Alliierten abtransportiert wurde. Auf diese Weise sollte verhindert werden, daß das Land wie im Ersten Weltkrieg durch die Hintertür in den Krieg gezogen würde.

Angesichts der Kriegseskalation in Europa erklärte sich Roosevelt unmittelbar vor dem Beginn des Parteikonvents der

Originaldokument

© Verlag C. H. Beck

Demokraten im Juli 1940 bereit, sich für eine dritte Amtsperiode nominieren zu lassen. Das war zwar ein beispielloser Bruch mit der amerikanischen Tradition, doch es gab kaum eine Alternative selbst für Anti-*New-Deal*-Demokraten. Völlig überraschend setzte sich auf dem Parteikonvent der Republikaner der Industrielle Wendell L. Willkie durch, der bislang politisch nie in Erscheinung getreten war. Er forderte größere Hilfe für Großbritannien und erlangte damit die Unterstützung der Internationalisten und des Unternehmerflügels in der Partei. Als Reaktion suchte Roosevelt eine breitere politische Basis und holte führende Republikaner in wichtige Ämter, stockte den Verteidigungsetat nochmals kräftig auf und überstellte Großbritannien 50 alte amerikanische Zerstörer, betonte aber weiterhin, er wolle die USA aus dem Krieg heraushalten. Bei den Wahlen siegte er mit rund 55 % der Stimmen.

Er ging nun auf volle Unterstützung für Großbritannien, ordnete erstmals die allgemeine Wehrpflicht an, ohne daß sich die USA direkt in einem Krieg befanden, und schlug im Januar 1941 das *Lend-lease*-Gesetz zur Revision der alten *Cash-and-carry*-Bestimmungen vor, da Großbritannien nicht mehr über die Mittel zum Kauf des Kriegsmaterials verfügte. Mit breiter Unterstützung der Öffentlichkeit trat das Gesetz im März 1941 in Kraft und wurde nach dem Naziüberfall auf die Sowjetunion sogleich auf diese ausgedehnt. Amerikanischer Begleitschutz wurde für britische Transportschiffe angeordnet, und Grönland und Island wurden besetzt, um zu verhindern, daß sie von deutschen Truppen in Besitz genommen wurden.

Bereits jetzt war unabweisbar, daß die Nachkriegszeit andere Antworten als nach dem Ersten Weltkrieg erforderte, und als sich Mitte August 1941 Roosevelt und Churchill auf einem Kriegsschiff vor Neufundland trafen und die Atlantikcharta unterzeichneten, ging es darin nicht nur um demokratische Prinzipien, nationale Selbstbestimmung und Verurteilung von Aggression, sondern ebenso um die Prinzipien der kollektiven Sicherheit und Abrüstung.

Trotz der immer umfangreicheren Unterstützung für Großbritannien begann der Krieg für die USA nicht im Atlantik,

Originaldokument

© Verlag C. H. Beck

sondern im Pazifik. Zur Wahrung der amerikanischen ökonomischen Interessen sollte der japanischen Expansion in Südostasien Einhalt geboten werden. Der Handelsvertrag mit Japan war nicht verlängert und die Ausfuhr von immer mehr kriegswichtigen Gütern nach Japan verboten worden bis zum völligen Handelsembargo gegen Japan im Sommer 1941. Daß damit angesichts sinkender japanischer Ölvorräte der Krieg unmittelbar bevorstand, wußte die amerikanische Regierung spätestens, als es ihr Ende November 1941 gelungen war, den japanischen Code zu knacken. Am 7. Dezember 1941 passierte es dann: Wellen japanischer Bomber zerstörten ohne jeden Widerstand die amerikanische Pazifikflotte in Pearl Harbor auf Hawaii und die amerikanische Luftflotte auf den nahegelegenen Luftwaffenstützpunkten.

Mit einem Mal befanden sich die Vereinigten Staaten inmitten eines globalen Krieges, ohne darauf ausreichend vorbereitet zu sein. Doch die amerikanische Kriegsmaschinerie revolutionierte innerhalb kurzer Zeit die Produktion und das Land. Die Umstellung von Friedens- auf Kriegsproduktion erfolgte mit atemberaubender Geschwindigkeit, und im Mai 1943 wurde die gesamte Wirtschaft unter die Kontrolle des *Office of War Mobilization* gestellt. Das Land war zur größten Waffenschmiede der Welt geworden und stellte allein mehr Kriegsmaterial her als alle Achsenmächte zusammen.

Was der *New Deal* nie erreicht hatte, schaffte der Krieg, nämlich die amerikanische Wirtschaft wieder auf volle Fahrt und die Arbeitslosen von der Straße zu bringen. Die Folge war eine der bedeutendsten Veränderungen in der amerikanischen Einkommensverteilung im 20. Jahrhundert; der Anteil der reichsten 5% am nationalen Gesamteinkommen ging von 26% auf 20% zurück, während der der ärmsten 40% von 13% auf 16% stieg und der Umfang der amerikanischen Mittelklasse sich verdoppelte. Doch auch in anderer Hinsicht hatte der Krieg tiefgreifende Rückwirkungen auf die amerikanische Gesellschaft. Er mobilisierte nicht nur 15 Millionen Soldaten (nahezu 11% der gesamten Bevölkerung), sondern vermutlich noch einmal ebensoviele Frauen, die in der Nähe

Originaldokument

© Verlag C. H. Beck

ihrer Ehemänner und Väter oder in einer besseren Position sein wollten, um materiell für den Rest der Familie aufkommen zu können. Die Zentren der Kriegsproduktion, vor allem in den Pazifikstaaten, zogen Millionen an. Rund 6 Millionen Amerikaner verließen das ländliche Amerika, um in die Industriezentren des Mittleren Westens und an der Westküste zu ziehen. Der Krieg entwurzelte nicht nur Millionen Menschen, er machte viele offener, aber damit auch einsamer und frustrierter, und er veränderte ihre Lebensgewohnheiten und Lebensstile, nicht zuletzt dank seines fundamentalen Einflusses auf die amerikanische Kultur durch den großen Aufschwung der Massenmedien.

Das Leben der Frauen und Familien veränderte sich nachhaltig. Schließlich war ein Drittel aller Arbeitskräfte Frauen; die meisten waren verheiratet, hatten Kinder, und viele übernahmen bislang reine Männerberufe. Doch die Mehrheit der Bevölkerung lehnte die Berufstätigkeit für Ehefrauen ab und fühlte sich in ihrer Auffassung durch den Anstieg der Jugendkriminalität um das Fünffache und das Anschwellen der Ehescheidungsrate von 16 auf 27% bestätigt. Aber ungeachtet aller Diskriminierungen gab der Krieg Millionen Frauen ein neues Selbstwertgefühl und eine neue Unabhängigkeit.

Vielleicht in noch größerem Maße hatte der Krieg Türen für die Schwarzen geöffnet. Der Krieg für die Freiheit und gegen den Faschismus wurde im Innern zum Kampf gegen die Rassendiskriminierung. Nicht nur die NAACP erhielt großen Zulauf, sondern auch der 1942 gegründete *Congress of Racial Equality*. Erstmals seit der *Reconstruction* erließ die Regierung Verordnungen gegen Rassendiskriminierung. Millionen Schwarze kamen in die Städte und in die Industrie, traten in Gewerkschaften und auch in die Streitkräfte ein. Alles trug zu jenen weitreichenden Veränderungen bei, auf denen später die Bewegungen für Bürgerrechte und Rassengleichheit aufbauen konnten, auch wenn der Weg noch weit und Diskriminierungen und Rassenunruhen damit längst nicht beseitigt waren.

Zu den dunkleren Seiten zählte hingegen ab Februar 1942 die Internierung von 112 000 Amerikanern japanischer Ab-

Originaldokument

© Verlag C. H. Beck

stammung, von denen zwei Drittel in den USA geboren waren, in Sammellagern, obwohl kein einziger von ihnen wegen Spionage, Aufruhr, Sabotage oder sonstiger Illoyalität aufgefallen war. Sie mußten Land und Häuser verkaufen und wurden zusammengepfercht – aus reinem Rassismus und aus Kriegshysterie. Erst 1982 entschuldigte sich die amerikanische Regierung offiziell bei den Opfern, und erst 1988 erhielt jeder von ihnen eine Entschädigung von je 20 000 Dollar.

Ohne auf die entscheidende militärische Rolle der Vereinigten Staaten im Zweiten Weltkrieg im Pazifik und in Europa näher einzugehen, stand für die amerikanische Regierung von Anbeginn fest, daß – anders als im Ersten Weltkrieg – in dieser Zeit die Grundlagen für eine dauerhafte und von den USA entscheidend geprägte Nachkriegsordnung gelegt werden mußten. Einiges davon hatte die Atlantikcharta bereits angesprochen. Doch darüber hinausgehend mußte aus amerikanischer Sicht nicht nur das überwältigende Wirtschaftspotential des Landes, sondern auch seine Militärkraft, gestützt auf neueste technologisch-wissenschaftliche Entwicklungen, von denen die Atombombe nur der spektakulärste Ausweis war, die Basis der neuen Ordnung sein. Angesichts dieser Zielsetzungen und gestützt auf die politische Geschlossenheit des Landes trat Roosevelt im November 1944 zur Wahl für eine vierte Amtsperiode an und gewann mit knapp 54 % der Stimmen – trotz des klaren Siegs sein schwächstes Ergebnis.

Noch vor den Wahlen wurden die Grundlagen der Nachkriegsordnung in zwei entscheidenden Konferenzen gelegt, die beide – im Gegensatz zu den Kriegskonferenzen von Moskau (1942) bis Potsdam (1945) – in den USA stattfanden. Im Juli 1944 versammelten sich die Vertreter von 44 Staaten in Bretton Woods, New Hampshire, um die künftige Weltwirtschaftsordnung auszuarbeiten. Auch wenn die Sowjetunion nicht anwesend war und nicht alle amerikanischen Vorschläge in den Vertrag eingingen, war es eine von Amerika konzipierte Ordnung: Als Bedingung für den Erhalt der *Lend-lease*-Unterstützung während des Krieges verpflichteten sich die verbündeten Nationen, nach dem Krieg alle Diskriminierun-

Originaldokument

© Verlag C. H. Beck

gen im Welthandel zu beseitigen, freien Zugang zu Märkten und Rohstoffen zu gewähren, stabile Wechselkurse zu sichern und ihre Währungen voll konvertierbar zu machen auf der Basis ihrer strikten Bindung an den Dollar. Zur Durchführung und Kontrolle der Währungsvereinbarungen wurde der *International Monetary Fund* (IMF), zur Kontrolle der Handelsvereinbarungen das *General Agreement on Tariffs and Trade* (GATT) geschaffen. Zum Wiederaufbau der kriegszerstörten Länder wurde eine *International Bank for Reconstruction and Development* eingerichtet, die heutige Weltbank, die von amerikanischem Kapital dominiert und bis in die achtziger Jahre von Amerikanern geleitet wurde. Damit hatte das amerikanische Kapital nicht nur einen beherrschenden Einfluß beim Wiederaufbau in Europa, sondern es war auch erreicht – da Kredite der Weltbank an Bedingungen geknüpft sind –, daß Schuldnerländer eine Wirtschafts- und Finanzpolitik verfolgten, die amerikanischen Kapitalinteressen nicht zuwiderlief. Mehr als jede andere Vereinbarung wurde das Bretton-Woods-Abkommen zur Grundlage der *pax americana* nach 1945.

Die zweite Konferenz fand im August 1944 in Dumbarton Oaks in Washington, D.C. mit einem Folgetreffen vom 25. April bis 26. Juni 1945 in San Francisco statt. Ihre Zielrichtung war politisch-militärisch: Es sollte ein internationales Gremium zur Schlichtung von Streitfällen mit einer multinationalen Truppe zur Abschreckung von Aggressoren eingerichtet werden. Auf diese Weise sollte an die Stelle der alten *Balance-of-power*-Politik ein Instrument zur kollektiven Sicherheit treten. Das Ergebnis war eine von den Vereinigten Staaten anfänglich dominierte UNO, die allerdings im Zeichen des Kalten Krieges nur begrenzt jene globalen Aufgaben wahrnehmen konnte, für die sie geschaffen worden war.